

Anstatt Schuld zuzuweisen, ist Teamplay erforderlich

Berlin. Es ist eine beruhigende Pille, nichts weiter. Wenn Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier an diesem Dienstag zu einer virtuellen Diskussion mit Vertretern von 40 Wirtschaftsverbänden zusammentrifft, wird kaum etwas dabei herauskommen. Ebenso gut wie? Wenn jeder eingeladene Verein nur eine dreiminütige Erklärung abgeben wollte, wäre die geplante Konferenzzeit bereits überschritten worden. Auch Finanzminister Olaf Scholz und Bundeskanzlerin Angela Merkel fehlen, um weitreichende Entscheidungen zu treffen. Der als „Wirtschaftsgipfel“ angekündigte vollmundige Wechsel ist vor allem eine Geste der Regierung an die Unternehmen. Sehen Sie, wir werden Sie nicht mit Ihren Sorgen im Stich lassen. Video Altmaier geht davon aus, dass sich die …

Berlin. Es ist eine beruhigende Pille, nichts weiter. Wenn Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier an diesem Dienstag zu einer virtuellen Diskussion mit Vertretern von 40 Wirtschaftsverbänden zusammentrifft, wird kaum etwas dabei herauskommen.

Ebenso gut wie? Wenn jeder eingeladene Verein nur eine dreiminütige Erklärung abgeben wollte, wäre die geplante Konferenzzeit bereits überschritten worden. Auch Finanzminister Olaf Scholz und Bundeskanzlerin Angela Merkel fehlen, um weitreichende Entscheidungen zu treffen. Der als „Wirtschaftsgipfel“ angekündigte vollmundige Wechsel ist vor allem eine Geste der Regierung an die Unternehmen. Sehen Sie, wir werden Sie nicht mit Ihren Sorgen im Stich lassen.

Video

Altmaier geht davon aus, dass sich die Koronaerholung 2022 fortsetzen wird

Bei der Präsentation des Wirtschaftsjahresberichts sagte Altmaier, dass die deutsche Wirtschaft bis Mitte 2022 wahrscheinlich wieder auf das Vorkrisenniveau zurückkehren werde. © Reuters

Die Tatsache, dass diese Geste trotz der milliardenschweren Unterstützungsprogramme notwendig war, zeigt, wie viel in den letzten Wochen und Monaten schief gelaufen ist. Politiker haben übermütige, schnelle und unbürokratische Hilfe angekündigt – und dann nicht geliefert. „Eine Panzerfaust wurde versprochen, aber derzeit ist es noch eine Schleuder ohne Stein“, soll Bayerns Ministerpräsident Markus Söder auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz gerumpelt haben. Vielen in der Wirtschaft geht es genauso.

Die Unternehmer sehen die Milliarden in den Rettungsplänen der Politiker – und sie fragen sich, wie wenig davon und wie langsam das Geld auf ihren Geschäftskonten ankommt. Angesichts des teilweise vollständig zusammenbrechenden Umsatzes und der laufenden Fixkosten sind die finanziellen Reserven schnell aufgebraucht – viele Unternehmen sehen ihre Existenz bereits bedroht. Und weil die versprochene Eröffnungsperspektive nicht in Sicht ist, wachsen Unsicherheit und Frustration weiter.

Die Politik spielt das Geldspiel

Wenn es darum geht, die Verantwortlichen zu finden, spielt die Politik das Geldspiel. Der Finanzminister verweist auf den Wirtschaftsminister, der Wirtschaftsminister auf seine Finanzkollegen und die Bundesländer, die Bundesländer auf den Wirtschaftsminister. Und jeder hat auf seine Weise ein bisschen

Recht.

Die Länder waren froh, im Gegensatz zum letzten Frühjahr das Antragsverfahren und damit die hässlichen Schlagzeilen retten zu können, wenn Hilfgelder an kriminelle Clans und andere Betrüger ausgezahlt werden. Der Wirtschaftsminister hat unterschätzt, wie fragmentiert und kompliziert es ist, einen solchen Prozess einzurichten – insbesondere, wenn Sie kein Personal dafür haben. Und das Konto des Finanzministers liegt in der Verantwortung des mehrfach geänderten Finanzierungssystems, das zunächst auf Betriebskosten, dann auf Umsatzverlusten und jetzt wieder auf Betriebskosten basiert. Streitigkeiten zwischen den Ministerien über die spezifische Gestaltung der Förderprogramme machten die Sache noch komplizierter.

Jetzt gibt es viele Gründe: Ein bundesweit einheitlicher Antrag und eine Plattform für die Bearbeitung der Beihilfe sind sinnvoll. Die Regierung kann für die besonders großzügigen Hilfspakete zu Beginn der zweiten Sperrung kaum kritisiert werden – zumindest nicht aus geschäftlicher Sicht. Und es ist zweifellos ein kompliziertes Unterfangen, Hunderttausenden von Unternehmen innerhalb kürzester Zeit Milliarden von Dollar zu zahlen. Und im Moment kann niemand zuverlässig vorhersagen, wie sich die Koronamutationen auf den Infektionsprozess auswirken werden.

Altmaier hat Recht, wenn er sagt, dass es keine Blaupause gab. Aber gerade weil alle Beteiligten die Größe der Aufgabe kannten, hätten sie enger zusammenarbeiten und zusammenarbeiten sollen. Die Tatsache, dass dies nicht geschehen ist, ist der eigentliche Vorwurf, den die Politiker ertragen müssen.

Es geht nicht um föderale oder parteipolitische territoriale Errungenschaften, es geht darum, das Land und seine Wirtschaft durch eine Krise des Jahrhunderts zu bringen. Es hilft nicht, Schuld zuzuweisen, sondern nur Ernsthaftigkeit und Teamplay-Hilfe. Dies kann von den gewählten Volksvertretern auf Bundes- und Länderebene erwartet werden.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de